

Auswärtige Kulturpolitik

RESEARCH

Claudia Schneider

Europäisch verbunden und national gebunden

Die Europäisierung der Auswärtigen
Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten



Springer VS

Auswärtige Kulturpolitik

Herausgegeben von
Prof. Dr. Wolfgang Schneider

„Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes“, heißt es in Artikel 32 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die „Pflege“ geschieht durch Diplomatie und wirtschaftliche „Beziehungen“. Dritte Säule der Außenpolitik ist die Auswärtige Kulturpolitik, die es zu untersuchen gilt. Dialog und Austausch mittels Kunst und Kultur sind Gegenstände von Politikwissenschaft und Kulturwissenschaften. Studien der Kulturpolitikforschung analysieren und reflektieren Anspruch und Wirklichkeit von Projekten und Programmen der so genannten Mittlerorganisationen. Die von Wolfgang Schneider herausgegebene Reihe bei Springer fundiert Theorie und Praxis Auswärtiger Kulturpolitik auf nationaler Ebene, im komparatistischen internationalen Diskurs und im Rahmen der europäischen Integration.

Claudia Schneider

Europäisch verbunden und national gebunden

Die Europäisierung der Auswärtigen
Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Jochen Roose

 Springer VS

Claudia Schneider
Berlin, Deutschland

Dissertation Freie Universität Berlin, 2015

Auswärtige Kulturpolitik

ISBN 978-3-658-15227-7

ISBN 978-3-658-15228-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-15228-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Strasse 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Geleitwort

Welches Europa? Zur Bedeutung einer Untersuchung zur Auswärtigen Kulturpolitik in der EU

Auswärtige Kulturpolitik gehört heute zum selbstverständlichen Kanon der Außenpolitik. Vor allem die größeren Staaten vermitteln ein kulturelles Bild von sich nach außen, um ihre Attraktivität zu steigern. Für die Nationalstaaten sind sowohl die Organisation als auch die Inhalte einer auswärtigen Kulturpolitik in den Grundzügen fraglos gegeben. Verankert im staatlichen Institutionensystem werden Nationalsprache und nationale Kultur nach außen vermittelt.

Betrachten wir dagegen eine mögliche Europäisierung von nationaler Auswärtiger Kulturpolitik (wie die Europäisierung in anderen Politikfeldern auch untersucht wird), ist praktisch nichts mehr fraglos gegeben. Zunächst stellt sich die Frage, was im Falle der Europäisierung von Auswärtiger Kulturpolitik noch „auswärtig“ oder „inwendig“ ist. Dann fragt man sich, wie die organisatorische Gestaltung einer solchen Europäisierung aussehen kann und was der Inhalt einer europäisierten Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedsländer wäre. Während bezogen auf die Nationalstaaten die Vermittlung der nationalen Sprache, Identität, Kultur und Geschichte als weitgehend fraglos unterstellt wird, ist all dies für das Europa der Europäischen Union weit weniger selbstverständlich.

Das Buch von Claudia Schneider untersucht genau diese Frage: Gibt es eine Europäisierung nationaler Auswärtiger Kulturpolitik und wie sieht diese aus? Dieses Thema mag angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrise, Vertragsverletzungen und Tendenzen europäischer Desintegration zweitrangig erscheinen, doch das wäre ein Irrtum. Die Frage nach einer Europäisierung nationaler Auswärtiger Kulturpolitik betrifft Kernfragen der europäischen Integration. Zu welcher institutionellen Kooperation sind die Mitgliedsländer der EU in diesem Feld bereit? Was sollen die Inhalte einer europäisierten Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedsländer sein?

Wie die Mitgliedsländer mit der Europäisierung nationaler Auswärtiger Kulturpolitik umgehen, sagt uns viel über die Verständnisse, was Europa ausmacht und wie europäische Integration (nicht) erfolgen soll. Nun ließe sich zu diesem Thema eine klassische Policyfeldanalyse vorlegen. Teile des vorliegenden Buches tragen in der Tat Kernergebnisse einer solchen Analyse zusammen.

Doch im Kern wählt Claudia Schneider einen anderen, viel interessanteren und aussagekräftigeren Zugang. Anstelle von politischen Absichtserklärungen analysiert sie die Verständnisse und Aktivitäten in der Praxis europäisierter Auswärtiger Kulturpolitik. Der Blick geht auf die europäische Dimension der nationalen Kulturinstitute in Berlin. Wie verstehen die Entscheidungsträgerinnen und -träger in diesen Instituten ihre Arbeit? Was ist für sie die kulturelle Identität Europas und der EU? Wie setzen sie dieses Verständnis in ihrer Arbeit um und wie europäisch ist dabei die Kooperation? Der Blick auf die konkrete Arbeit in dem Feld ist ausgesprochen erhellend, denn bei der Umsetzung müssen die Akteure Farbe bekennen und Absichtserklärungen mit Leben füllen – oder eben auch nicht.

Die Befunde dieser sorgfältig durchgeführten und theoretisch klug eingebetteten Arbeit führen uns zurück zu den großen Themen der europäischen (Nicht-) Integration. Die grundlegende Unsicherheit, fast schon Leere beim Sprechen über europäische Identität, die Zögerlichkeit bei einer substantziellen Kooperation – das sind Motive, die über das Feld einer Europäisierung nationaler Kulturpolitik hinausreichen. Sie verweisen auf Lücken in der kulturellen Basis des europäischen Einigungsprojektes.

Die Frage, was uns diese Lücken sagen und wie Europa damit umgehen sollte, stellt sich auf Basis der Ergebnisse neu und fundierter. Mehr kulturelle Substanz, das Propagieren der kulturellen Einheit Europas mag eine Richtung sein, die Aufgabe des Einigungsprojektes eine andere. Beide Reaktionen zeugen von einem tiefgehenden Mangel an Selbstbewusstsein der EU. Ein unverbrüchliches, überbordendes Selbstbewusstsein hat die Nationalstaaten zugleich stark gemacht und in katastrophale Kriege geführt. Der Mangel an jeglichem Selbstbewusstsein treibt die EU in tiefe Krisen. Vielleicht wäre ein Mittelmaß des Selbstbewusstseins, das die eigene Existenz als selbstverständlich, fraglos und deshalb auch nicht eigentlich begründungsbedürftig nimmt, eine Alternative.

Frau Schneider plädiert für die Bearbeitung gesellschaftspolitischer Themen im Diskurs. So bliebe es Europa erspart, sein Wesen zu bestimmen, worin immer das liegen könnte. Gleichzeitig wäre es ein Diskurs, der in die Zukunft weist und Europa in einer gemeinsamen Auseinandersetzung zusammenbringen könnte. Gleichwohl ist diese Alternative – das sehen wir in diesem Buch – noch ein gutes Stück entfernt.

Jochen Roose

Danke

Diese Dissertation wurde an der Freien Universität Berlin von Herrn Prof. Dr. Jochen Roose formal und inhaltlich bestens betreut. Herzlichen Dank für die vielen stets motivierenden und hilfreichen Gespräche und die ausführlichen und weiterführenden Anmerkungen während des gesamten Schreibprozesses. Bei Herrn Prof. Dr. Christian von Scheve möchte ich mich für die kurzfristige und spontane Übernahme des Zweitgutachtens bedanken, dadurch war es mir möglich, diese Arbeit in dem von mir gesetzten zeitlichen Rahmen fertigzustellen.

Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Inhaber des UNESCO-Chair „Cultural Policy for the Arts in Development“ an der Universität Hildesheim, danke ich für seine Bereitschaft diese Forschungsarbeit in seiner Reihe zur Auswärtigen Kulturpolitik aufzunehmen.

Schließlich gilt mein Dank allen Kulturdiplomaten und kulturpolitischen Akteuren. Durch Ihr Entgegenkommen als offene Gesprächspartner erhielt ich die wesentlichen Daten für dieses Forschungsprojekt.

Zu guter Letzt danke ich meiner Mutter für ihre fortwährende und in jede erdenkliche Richtung zielende Unterstützung, ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Claudia Schneider

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	13
1.1	Thematik und Relevanz der Arbeit	13
1.2	Aufbau der Arbeit und Quellenlage	17
1.3	Theoretischer Hintergrund	19
2	Bezugrahmen zum Forschungsfeld	25
2.1	Außenkulturpolitik und Kulturdiplomatie	25
2.2	Organisationsformen der Auswärtigen Kulturpolitik	28
2.3	EU-Kulturpolitik	34
3	Theoretische Grundzüge von Europäisierung: Analysekriterien	39
3.1	Europäisierung nationaler Strukturen	39
3.1.1	Institutionelle Europäisierung	40
3.1.2	Analysekriterien	45
3.1.2.1	Veränderung der „opportunity structures“	46
3.1.2.2	Forderung nach institutioneller Anpassung	48
3.2	Europäisierung von Öffentlichkeit	50
3.2.1	Konzeptionelle Einordnung	51
3.2.1.1	Transnationalisierung	51
3.2.1.2	(Europäische) Öffentlichkeit	53
3.2.2	Analysekriterien	56
3.2.2.1	Publikum	57
3.2.2.2	Sprecher	58
3.2.2.3	Themen	60
3.3	Das Identitätskonzept	63
3.3.1	Soziale, kategoriale und kollektive Identität	67
3.3.2	Analysekriterien	70
3.3.2.1	Gemeinsame Bezugspunkte	71
3.3.2.2	Außenabgrenzung	73
3.3.2.3	Dekategorisierungsprozesse	75
3.3.3	Europäische Identität	79
3.3.4	Analysekriterien	84

3.3.4.1	„Civic“ und „cultural identity“	84
3.3.4.2	„Identity talk“	85
3.3.4.3	Dekategorisierung zur Entwicklung einer EU-Identität.....	87
3.4	Das Gedächtniskonzept.....	91
3.4.1	Gedächtnis und Erinnerungskultur.....	91
3.4.2	Analysekriterien.....	95
3.4.2.1	Bindungsgedächtnis und Kollektivgedächtnis	95
3.4.2.2	„Cadres sociaux“.....	96
3.4.2.3	Das kulturelle, kommunikative und soziale Gedächtnis	99
3.4.3	Das europäische Gedächtnis.....	103
3.4.4	Analysekriterien.....	104
3.4.4.1	Der europäische Geschichtsdiskurs.....	104
3.4.4.2	Leggewies Kreismodell der europäischen Erinnerung	111
3.5	Zusammenfassung.....	114
4	Forschungsdesign	123
4.1	Das Experteninterview.....	123
4.2	Bestimmung des Forschungsfelds	128
4.3	Auswertung.....	129
5	Europäisierungsprozesse in der Auswärtigen Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten	137
5.1	Polity Europäisierung	137
5.1.1	Entstehung neuer Strukturen	138
5.1.1.1	Gründe der institutionellen Veränderung	140
5.1.1.2	Zielsetzung der Institute mit EUNIC.....	144
5.1.2	Die Handlungsoptionen der EU-Kommission	149
5.1.3	Veränderung der „opportunity structures“.....	155
5.1.4	Handlungsmöglichkeiten der Akteure.....	158
5.1.5	Fazit	168
5.2	Policy Europäisierung.....	169
5.2.1	Europäisierung der kulturpolitischen Öffentlichkeit	170
5.2.1.1	Vermittlerrolle der kulturpolitischen Akteure.....	170
5.2.1.2	Besetzung der Sprecherpositionen	177
5.2.1.3	Das Publikum	180
5.2.1.4	Die Themen	182
5.2.2	Fazit	196
5.3	Identitätskonstruktionen.....	199
5.3.1	Bezugspunkte im Identitätsprozess	200

5.3.1.1	Kulturelle Gemeinsamkeiten der Institute bzw. Kulturabteilungen	200
5.3.1.2	Keine kulturellen Gemeinsamkeiten der Institute bzw. Kulturabteilungen	203
5.3.1.3	Regionen als kulturelle Bezugspunkte	205
5.3.2	Positionierung gegenüber der Out-Group.....	206
5.3.2.1	Abgrenzung zu Anderen.....	206
5.3.2.2	Formierung zur In-Group	209
5.3.3	Kultur-Konstruktionen	211
5.3.4	Dekategorisierungsstrategien.....	216
5.3.4.1	Dekategorisierung.....	216
5.3.4.2	Salienz der Kategorisierung.....	219
5.3.4.3	Wechselseitige Differenzierung.....	226
5.3.5	Fazit	230
5.4	Gedächtniskonstrukte in der Auswärtigen Kulturpolitik.....	234
5.4.1	Bindungsgedächtnis und Kollektivgedächtnis	235
5.4.2	„Cadres sociaux“	237
5.4.2.1	Raum.....	237
5.4.2.2	Zeit.....	239
5.4.2.3	Die Rekonstruktivität	240
5.4.3	Das kommunikative Gedächtnis	242
5.4.4	Europäischer Geschichtsdiskurs	243
5.4.5	Erinnerungsprojekte.....	246
5.4.6	Fazit	251
6	Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	255
6.1	Ergebnisse der Forschungsfragen	255
6.1.1	Europäisierungstendenzen in der Auswärtigen Kulturpolitik ..	255
6.1.2	Identitätskonstruktionen	266
6.1.3	Gedächtniskonstruktionen	271
6.2	Ausblick.....	276
7	Literatur.....	279
7.1	Primär- und Sekundärliteratur	279
7.2	Interviews	299
8	Anhang.....	301
8.1	Übersicht Identitätskonstruktionen und EU-Dokumente	301
8.2	Mitglieder der EUNIC Berlin.....	303

1 Einleitung

1.1 Thematik und Relevanz der Arbeit

„In Vielfalt geeint“ – so lautet das offizielle Motto der EU. Es ist ein Leitspruch, der gerne und häufig verwendet wird. Das Politikfeld der EU-Kulturpolitik hat sich besonders der Aufrechterhaltung dieses Mottos verschrieben. So heißt es im Lissabonner Vertrag: *„Die Union leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“* (Artikel 167 (1), Vertrag von Lissabon, Aktion Europa 2010, S. 118). Dieser Satz zeigt bereits die zu behandelnde Problematik dieser Arbeit. Aufgezeigt wird die Präsentation von Vielfalt durch nationale Besonderheiten auf der einen Seite und dem Betonen des Einheitsgedankens auf der anderen Seite.

Dieses Spannungsfeld soll anhand von Europäisierungstendenzen im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedstaaten aufgezeigt werden, denn eine voranschreitende Europäisierung in diesem Politikfeld hat in gewisser Weise auch immer das Aufgeben von nationalen Eigenlogiken zur Folge. Deshalb soll gefragt werden, inwiefern nationale Kulturpolitik bereits zugunsten einer einheitlichen europäischen Kulturstrategie in den Hintergrund gerät? Das Politikfeld der Auswärtigen Kulturpolitik wurde ausgewählt, weil es sich dabei um einen Politikbereich handelt, in dem eine gemeinsame europäische Identität – so es sie denn geben soll – unterfüttert und vermittelt wird, auch wenn aufgrund der eingeschränkten Kompetenzen der EU im Kulturbereich die Auswärtige Kulturpolitik erst einmal kein naheliegendes Feld für die Europäisierungsfrage ist.

Dennoch zeichnen sich hier bereits deutliche strukturelle Europäisierungsansätze ab. So haben sich unter dem Dachverband EUNIC (European Union National Institutes for Culture) Organisationen der Auswärtigen Kulturpolitik (Kulturinstitute, Kulturabteilungen der Botschaften) der EU-Mitgliedstaaten zusammengeschlossen. Mittlerweile ist EUNIC ein weltumspannendes Netzwerk, dessen Hauptsitz in Brüssel unter dem Namen EUNIC Global agiert. EUNIC selbst betrachtet sich als einen europäischen Verbund, der durch gemeinsame Kulturprojekte eben nicht die nationale Staatlichkeit, sondern den europäischen Aspekt der kulturellen Außenpolitik in den Vordergrund stellen möchte (vgl. EUNIC global office 2013). Kommission und EU-Parlament begrüßen die

Vernetzung der Mitgliedstaaten und möchten diese weiter im Sinne einer europäischen Kulturpolitik nutzen (P 37/ Ausschuss für Kultur und Bildung/EU Parlament 09.11.2012; P 49/DG European Commission 11.10.2012).

Konkret analysiert diese Arbeit die lokale und transnationale Zusammenarbeit von Kulturinstituten und Kulturabteilungen der Botschaften, die durch ihre Kooperation eben nicht nur nationale, sondern auch europäische Kulturpolitik betreiben. Anhand der Projekte aus den Jahren 2011 und 2012 soll die praktische Arbeit des EUNIC Berlin Clusters und die Projektkoordination des permanenten Sekretariats EUNIC Global aufgezeigt werden. Zusätzlich wurden Experteninterviews mit den Mitarbeitern der Institute und Botschafts-Kulturabteilungen geführt, um die Zielsetzungen und Motivationen, Mitglied in EUNIC Berlin zu sein, zu ermitteln. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Problematik von nationaler Selbstdarstellung, der originären Aufgabe eines Kulturinstituts bzw. Kulturabteilung der Botschaft und den Europäisierungstendenzen der Auswärtigen Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten. Überwinden die Akteure die Zuschreibung von „Wir“ und die „Anderen“, oder kommt die national geprägte Außenkulturpolitik als Mittel zur nationalstaatlichen Differenzierung (vgl. Schreiner 2011, S. 377) weiterhin zum Tragen?

EUNIC Berlin wurde ausgewählt, da es eines der ältesten Cluster ist. Es entstand 2004, damals noch Gemeinschaft der europäischen Kulturinstitute in Berlin, als ein offenes Netzwerk mit sehr viel Motivation und dem Willen, eine *„kleine Revolution zu bewirken“* (Schneider 2008a, S. 84). Eine vergleichbare Institution gab es zu dieser Zeit nur in Brüssel. Daher ist es interessant, zu überprüfen, inwiefern sich dieses Berliner Netzwerk entwickelt hat und zur deutlichen professionalisierten Struktur EUNIC reifte, die es nun in fast allen europäischen Städten gibt. Hinzu kommt die Rolle Berlins als wichtiger Knotenpunkt von ost- und westeuropäischen Ländern. Berlin wird von vielen Ländern als geeignete Plattform betrachtet und erscheint insgesamt als *„zu wichtig, um es den Deutschen zu überlassen“* (P 16/Collegium Hungaricum 30.04.2012).

Insgesamt wird in dieser Arbeit aufgezeigt, welche Europäisierungstendenzen bereits im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedstaaten ersichtlich sind sowie deren Wechselwirkung im Umgang mit (nationalen) Identitäts- und Gedächtniskonstruktionen als entscheidende Komponenten im Europäisierungsprozess.

Hierdurch sollen folgende Forschungsfragen beantwortet werden:

1. Inwiefern europäisiert sich die Auswärtige Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten?

2. Begünstigen kollektive Identitäts- und Gedächtniskonstruktionen als ein wesentliches Kriterium im Europäisierungsprozess die Europäisierungstendenzen der Mitgliedstaaten oder laufen sie diesen entgegen?

Damit wird in dieser Arbeit eine Kombination vorgenommen, die durch bisherige Forschungen noch nicht hinreichend abgedeckt ist. Gleichwohl ist der Umgang mit kulturellen Identitätskonstruktionen ein gern, wenn auch nicht sehr häufig verwendetes Analyseinstrument in Bezug auf auswärtige oder europäische Kulturpolitik, da Kultur als Mittel der nationalen Identifikation auch zwangsläufig nach einer entsprechenden Identitätskonstruktion verlangt. Gudrun Quenzel verbindet z. B. in ihrer Studie europäische Identität mit einer europäischen Kulturpolitik. Die empirische Studie konzentriert sich auf EU-Rechtsakte und die Tagespresse, im Mittelpunkt der Analyse steht der Vergleich zweier Kulturhauptstädte (vgl. Quenzel 2005). Ebenfalls in diesem Kontext zu nennen, ist die Dissertation von Daniel Habit, die sich mit der Selbstinszenierung von Kulturhauptstädten und deren Wechselwirkung zur EU-Kulturpolitik befasst (vgl. Habit 2011).

Meistens werden strukturelle Veränderungsprozesse von nationaler auswärtiger Kulturpolitik in Bezug zur Europäischen Integration untersucht. Hierbei treten ebenfalls, oftmals als ein Nebeneffekt, die Identitätsmechanismen hervor. Am bedeutendsten im Bereich der systematischen, analytischen Studien von Kulturinstituten ist der Beitrag von Robert Peise. Er analysierte z. B. die Erfolgsaussichten einer europäischen Kulturmittlerinstitution, die ergänzend zu nationalen Einrichtungen hinzutreten kann und hauptsächlich Vermittlungs-, Koordinations- und Förderfunktionen ausübt. Die Schaffung eines gemeinschaftlichen europäischen Kulturmittlerinstituts hätte nach Peise hauptsächlich den Sinn einer verstärkten horizontalen und vertikalen Koordination kultureller Vermittlungsarbeit innerhalb und außerhalb Europas. Ein gemeinschaftliches europäisches Kulturmittlerinstitut könnte Veranstaltungen mit anregen oder in Kooperation mit organisieren, wobei die praktische Durchführung in den eigenen Räumen nicht zu seinen originären Aufgaben zählen müsste (vgl. Peise 2003). Diese Studie ist jedoch bereits zehn Jahre alt, Vorschläge und Prognosen von Peise wurden in keiner erwähnenswerten Weise realisiert.

Die aktuellste Forschungsarbeit ist derzeit diejenige von Hanna Schühle (vgl. Schühle 2014). Sie erforschte ebenso das Netzwerk EUNIC in Berlin, der Ukraine und Vietnam, jedoch liegt ihr Fokus mehr auf der europäischen Kulturpolitik in Beziehung zu Drittstaaten. In ihrer zentralen Frage geht sie dem Aspekt nach, wie sich die EU-Kulturpolitik sowohl innerhalb der EU, aber auch in Drittstaaten in Kooperation mit internationalen Akteuren positioniert. Schühle plädiert dabei für ein besseres Verständnis der Akteure von Kulturarbeit, da unter-

schiedliche Ansätze und Arbeitsschwerpunkte oftmals die Dynamik der Netzwerke hindern. Hierbei sollte eine europäische Definition von Kulturarbeit nicht die nationale Identität verwischen, sondern sich mit dieser zusammenfügen.

Der originäre Ansatz der vorliegenden Forschungsarbeit besteht nicht ausschließlich in einer systematischen Erforschung der handelnden Akteure im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedstaaten, sondern verfolgt auch einen neuen Ansatz innerhalb der Europaforschung bezüglich einer europäisierten Öffentlichkeit. Die Untersuchung von Europa-Diskursen gehört mittlerweile zur standardisierten Vorgehensweise, um Rückschlüsse auf Europäisierungstendenzen zu erhalten. Recht verbreitet ist die Analyse von Europa-Diskursen im Bereich der medialen Öffentlichkeit. Erwähnenswert ist hier der Beitrag von Ruud Koopmans und Paul Statham (vgl. Koopmans und Statham 2010), die die Diskussion über die europäische Integration in den Medien nachzeichnen. In sieben europäischen Ländern wurden Zeitungsartikel, Internetartikel und Auftritte sowie über hundert Interviews ausgewertet. Damit gehört diese Studie im Bereich der europäischen Integration sicherlich zu den empirisch fundiertesten. Auch Hans-Jörg Trenz hat führende Zeitungen in sieben Ländern hinsichtlich ihrer Berichterstattung über europäische Themen ausgewertet (vgl. Trenz 2005). Im Sammelband von Frank Baasner wurden in elf Beiträgen die Europa-Diskurse in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten untersucht, um die traditionellen Konzepte und Bilder, mit denen Europa über lange Zeit in den westlichen Ländern der Europäischen Union beschrieben worden ist, zu hinterfragen (vgl. Baasner 2008; Eilders 2010). Ruth Wodak zeigte in einer Studie z. B. die Wechselwirkung zwischen Diskursen, die durch eine Elite erzeugt werden und dem Denken der Diskursbeteiligten (vgl. Wodak 2004), in der sie u. a. Vertreter aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) interviewte (vgl. auch Risse und Maier 2003; Koopmans und Erbe 2004; van de Steeg 2005; Fuchs und Magni-Berton 2009; Kantner 2009).

Diese Arbeit wird somit erstens empirisch einen neuen Weg einschlagen, indem Öffentlichkeit nicht auf Massenmedien, sondern auf öffentliche Veranstaltungen fokussiert. Zweitens wird die Wechselwirkung von Identitäts- und Gedächtniskonstrukten in Bezug zur Europäisierung praxisnah aufgezeigt, an einem Politikfeld, das bisher noch nicht ausreichend soziologisch und politikwissenschaftlich betrachtet worden ist.

1.2 Aufbau der Arbeit und Quellenlage

Diese Arbeit wird die Außenkulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten und damit auch eine europäische Kulturpolitik innerhalb der EU, basierend auf den vorherrschenden Europäisierungstheorien, analysieren. Es ist wichtig und mittlerweile auch unumgänglich, Europäische Identität und Europäisierung miteinander zu verbinden, zumal Europäisierung immer auch einen kognitiven Aspekt beinhaltet. Identitäten beeinflussen Meinungen und Ideen der nationalen Akteure, und ihre Überzeugungen bestimmen schließlich die weitere Europäisierung (Knill 2005, S. 165). Ebenso ist europäische Identität eine notwendige Komponente innerhalb einer Europäischen Öffentlichkeit. Ohne eine geteilte Identität sprechen die europäischen Bürger über europäische Themen lediglich aus einer vergleichenden Perspektive. Doch eine Europäische Öffentlichkeit verlangt mehr, sie braucht die europäisch geteilte Perspektive (Kantner 2003, S. 216). Öffentlichkeit umschreibt in dieser Arbeit keine öffentliche Berichterstattung, sondern einen öffentlichen Raum, der durch Veranstaltungen und Projekte der kulturdiplomatischen Akteure initiiert wird (vgl. Gerhards 2000, S. 293).

Letztlich beeinflussen sich beide Komponenten – die Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit und die nach einer europäischen Identität gegenseitig. Der diskursive Austausch verstärkt kollektive Identitätsgefühle (van de Steeg und Risse 2010, S. 6). Ebenso hat eine europäische Identität Auswirkungen auf die Polity-Europäisierung, da sie den Wandel von nationalen Präferenzen und institutionellen Reformen indirekt mitbestimmt (Knill 2005, S. 165; Kohler-Koch and Eising 1999, S. 27 f.).

Nach Knill ist dieser hauptsächlich auf kognitiven Effekten basierende Mechanismus bei Polities zu beobachten, die als „soft-power“ das Feld für weitere Politikfelder und damit eine positive oder negative EU-Integration bereiten sollen (Knill 2005, S. 165). Die Auswärtige Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten ist eine solche „soft-power“, die daher, zwecks ihrer Wechselwirkung mit kollektiven Identitäts- und Gedächtniskonstruktionen, näher erforscht werden soll, zumal ein wesentlicher Teilaspekt der Auswärtigen Kulturpolitik darin besteht, das eigene Land eben in Abgrenzung zu anderen Ländern möglichst positiv darzustellen. Der Umgang mit „in“ und „out-groups“ ist deshalb ein selbstverständlicher Arbeitsbereich der kulturpolitischen Praxis und bietet somit ein interessantes Forschungsfeld für Identitäts- und Gedächtniskonstruktionen (vgl. Schreiner 2011, S. 114).

Die empirische Analyse der Arbeit ist insgesamt in zwei große Abschnitte unterteilt: eine „*Polity-Europäisierung*“ und eine „*Policy-Europäisierung*“. Erstere befasst sich mit der Entstehung neuer Strukturen, mit institutionellen Veränderungen, den Handlungsoptionen der EU-Kommission sowie der Mitgliedstaa-

ten und einer daraus folgenden Veränderung der „*opportunity structures*“ (Knill 2005, S. 162) der Mitgliedstaaten im Politikfeld Kulturpolitik. Zusätzlich zu diesen institutionellen Aspekten wird die Europäisierung der kulturpolitischen Policy anhand der Theorien zur Europäisierung von Öffentlichkeit betrachtet. Dabei wird hinterfragt, von welchen Identitäts- und auch Gedächtniskonstruktionen, als wesentliches Element einer Identität, die Akteure bewusst oder unbewusst in ihrer kulturpolitischen Arbeitspraxis geleitet werden. Konkret orientiert sich die Untersuchung an der Organisation EUNIC in Berlin. Zusätzlich wird auch die Perspektive von EUNIC Global (Brüssel) in der Analyse berücksichtigt, um durch dessen Einschätzung und Projektkoordination die lokale Arbeit in Berlin besser bewerten zu können.

Insgesamt ist die Arbeit in fünf Kapitel unterteilt. Zunächst erfolgt eine Einordnung in das theoretische Bezugsfeld *Auswärtige Kulturpolitik* und *cultural diplomacy* (Kapitel 2.1). Anschließend werden die unterschiedlichen Organisationsformen der Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedstaaten erläutert (Kapitel 2.2). In Kapitel 2.3 erfolgt eine kurze Einführung in die rechtlichen Rahmenbedingungen der EU-Kulturpolitik. Das theoretische Kapitel dient der Generierung eines Analyserasters. Zu diesem Zweck erfolgt zunächst ein Überblick zur institutionellen Europäisierung (Kapitel 3.1), zur Europäisierung von Öffentlichkeit (Kapitel 3.2) und zu kollektiven Identitäts- und Gedächtniskonzepten (Kapitel 3.3, 3.4). In Kapitel 4 wird das Forschungsdesign dieser Arbeit vorgestellt, dem sich in Kapitel 5 die empirische Analyse anschließt. Zunächst wird die Policy-Europäisierung (Kapitel 5.1) anhand der Entstehung neuer Strukturen (Kapitel 5.1.1), den Handlungsoptionen der EU-Kommission (Kapitel 5.1.2), der Veränderung der „*opportunity structures*“ (Kapitel 5.1.3) und den Handlungsmöglichkeiten der Akteure (Kapitel 5.1.4) betrachtet. Anschließend folgt die Analyse der Policy-Europäisierung (Kapitel 5.2). Diese beinhaltet eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Europäisierung der kulturpolitischen Öffentlichkeit (Kapitel 5.2.1) sowie den verwendeten Identitäts- (Kapitel 5.3) und Gedächtniskonstruktionen (Kapitel 5.4). Abschließend werden die Forschungsergebnisse dieser Arbeit resümiert und ihre Implikationen diskutiert. Dazu gehört eine Aufstellung politischer Konsequenzen und konkreter Handlungsempfehlungen für die Auswärtige Kulturpolitik (Kapitel 6).

Die Datengenerierung basiert auf sondierenden leitfadensorientierten Experteninterviews. Die Auswahl der zu untersuchenden handelnden Akteure erfolgte aus forschungspraktischen Gründen, da es sich um eine qualitative Studie handelt, die eine bewusste Auswahl verlangt. Weiterhin wurden neben den wissenschaftlichen Primär- und Sekundärquellen Dokumente, Internetauftritte und Publikationen der Institutionen zur Interpretation herangezogen. Das gesamte

empirische Material wurde dabei sowohl in eine deduktive Verbindung zu den vorgestellten Theorien gesetzt als auch offen induktiv analysiert.

1.3 Theoretischer Hintergrund

Die Akteure der Auswärtigen Kulturpolitik der Mitgliedstaaten handeln alle im Interesse einer Institution, wodurch ihr Handeln auch unbewusst von der Struktur und Zielsetzung der Institution bestimmt wird. Da der Neo-Institutionalismus auch Faktoren wie Werte und Normen sowie Handlungsrouninen berücksichtigt, eignet er sich zur Analyse von Außenkulturbeziehungen. Neo-institutionalistische sowie konstruktivistische Theorien bilden in dieser Arbeit das methodologische Gerüst zum Verständnis von Europäisierungsprozessen aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive. Neorealistic¹ und rationalistisch-institutionelle Theorien der Internationalen Beziehungen sind, wie Schreiner überzeugend darlegt, nicht zur Analyse der kulturdiplomatischen Beziehungen geeignet. Kultur ist für diese Theorien kein relevanter Faktor, folglich hinterfragen sie deren Rolle im Prozess sozialer und politischer Kommunikation nicht weiter. Der soziologische Institutionalismus und Sozialkonstruktivismus² stimmen dem Grundsatz der interpretativen Konstitution des Sozialen jedoch generell zu (Schreiner 2011, S. 83). Bei vielen Autoren wird zudem deutlich, dass die theoretischen Übergänge vom soziologischen Institutionalismus zum Konstruktivismus fließend sind und sich zwangsläufig Überschneidungen ergeben (Schwellnuss 2005, S. 330; Axt et al. 2007 S. 145).

Entstehung und Wandel kollektiver Identitäten sind im Konstruktivismus zentrale Themen, die die Interessen der Akteure bestimmen. So hat ein Wandel der Identitäten auch eine „*Redefinition von Interessen zur Folge*“, wodurch sich auch wiederum struktureller Wandel in internationalen Systemen erklären lässt (Ulbert 2003, S. 405). Für die Theorie des Sozialkonstruktivismus nach Wendt³ bedeutet dies, dass Staaten erst in der Auseinandersetzung mit anderen Akteuren,

¹ Für weitere Informationen zum Neorealismus (vgl. Schöring 2003, S. 64f.).

² Der Begriff Konstruktivismus wird je nach Ebene unterschiedlich verwendet: Der philosophische Konstruktivismus, Konstruktivismus als Meta-Theorie, konstruktivistische Theoriebildung, konstruktivistische empirische Forschung (Ulbert 2003, S. 391).

³ Nach Waltz „Theory of International Politics“ entwickelte Alexander Wendt zwanzig Jahre später eine konstruktivistische Theorie der Internationalen Beziehungen, in der er sich besonders mit der Theorie des Neorealismus auseinandersetzt. Dabei erklärt auch Wendt Phänomene der internationalen Politik aus der Struktur des internationalen Systems, jedoch verwendet Wendt im Gegensatz zu Waltz nicht allein materielle, sondern auch immaterielle Faktoren als Erklärung internationaler Politik. Siehe hierzu Wendt 1987 zit. in (Ulbert 2003, S. 396).

durch zwischenstaatliche Interaktionen, sozial konstruiert werden. Durch die gegenseitige Rollenzuschreibung, die die Akteure vornehmen, konstruieren sie gleichzeitig ihre Wesensmerkmale und es bildet sich die Akteursidentität⁴ heraus. Zudem ist im Sozialkonstruktivismus die wechselseitige Konstitution von Akteuren und Strukturen (Giddens 1988) ein entscheidendes Analyse Kriterium (Ulbert 2003, S. 406).

Handlung und Struktur stehen in der Strukturierungstheorie nach Giddens einander nicht konkurrierend gegenüber, sondern setzen sich wechselseitig voraus. Die Konstitution von Handelnden und Strukturen betrifft nicht zwei unabhängig voneinander gegebene Mengen von Phänomenen, sondern beide Momente stellen eine Dualität dar (Giddens 1988, S. 77). Dabei sind Regeln und Ressourcen Handlungsbedingungen, die erkannt werden (können), anders verhält es sich mit den nicht erkannten Handlungsbedingungen (Roose 2003, S. 60). Dies bedeutet, dass die Handlungen der Akteure, die durch die Bezugnahme auf Struktur ermöglicht werden, so Giddens, unbeabsichtigte Rückkopplungsprozesse zur Folge haben. Diese Folgen können sich ihrerseits wiederum als die nicht eingestandenen Bedingungen weiteren Handelns ergeben (Giddens 1988, S. 58, 79). Dadurch, dass sich die Akteure in ihren Handlungen auf Struktur als „Medium“ beziehen, produzieren und reproduzieren sie zugleich diese Struktur als „Ergebnis“ ihrer Handlung (ebd., S. 77). Strukturen sind also, gemäß der Strukturierungstheorie, solche nichtbeabsichtigte wiederkehrende Folgen, die sich als Bedingungen weiteren Handelns zeigen. Es sind die Fälle, in denen sich die (unbeabsichtigten) Handlungsfolgen in den Bedingungen weiteren Handelns niederschlagen (Walgenbach 2006, S. 409). *„In der Perspektive der Theorie der Strukturierung stellt sich [...] der aktuelle Vollzug der Produktion von Handeln ebensosehr als Prozeß der Reproduktion dieses Handelns dar“* (Giddens 1988, S. 78). Weiterhin haben Akteure, laut Giddens, ein „theoretisches Verständnis“ für die Gründe ihres Handelns und damit eine Handlungskompetenz. Während kompetente Akteure die Absichten ihres Handelns fast immer diskursiv erläutern können, trifft dies, so Giddens, für ihre Motive nicht notwendigerweise zu. Unbewusste Motivation ist ein wesentliches Charakteristikum menschlichen Verhaltens. In ihrem Handeln beziehen sich die Akteure aber eben auch auf diese unbewussten Bedingungen, die in systematischen Rückkoppelungsprozessen, als

⁴ Wendts Überlegung, Anarchie als zentraler Ausgangspunkt zu nehmen, wurde zum häufigsten Kritikpunkt in Bezug auf sein Verständnis von Identität. Auch analysiert Wendt das Problem der Identitätsstiftung nur vom System aus und nicht aus der Perspektive eines einzelnen Staates oder Repräsentanten von Staaten, wie es auch in anderen konstruktivistischen Ansätzen üblich ist (Ulbert 2003, S. 411, 412).

die unerkannten Bedingungen, Ausgangspunkte weiterer Handlungen sind (ebd., S. 57f.).

Dieser Arbeit liegt deshalb eine empirisch konstruktivistische Theorie zugrunde, da diese sich auf die Interpretation nicht-materieller Faktoren konzentriert und untersucht, wie Ideen, Weltbilder und Normen im Politikprozess entstehen, sich durchsetzen und wirken. Ebenso befasst sich die empirisch konstruktivistische Theorie mit der „intersubjektiven Konstruktion“ von geteilten Wirklichkeitskonstruktionen wie Identitäten oder Diskursen. Hierbei kann deren Zuschreibung entweder von Akteuren ausgehen oder über Strukturen vorgenommen werden. Strukturen können Regeln, Institutionen oder „Kultur“ sein. Zuletzt kann auch die Dekonstruktion von bestehenden Konzepten und „Wissensbeständen“ mit dem Ziel der Offenlegung von Machtbeziehungen Gegenstand einer konstruktivistischen Analyse sein (Ulbert und Weller 2005, S. 11). Aus konstruktivistischer Sicht gibt es keinen kalkulierenden Akteur, der nur aufgrund exogen vorgegebener Interessen die Handlungsoption des größten Nutzens wählt. Vielmehr werden aus konstruktivistischer Sicht Interessen und Identitäten von Akteuren nicht als feststehende Gebilde betrachtet, sondern sie entwickeln sich in einem Prozess, der durch die Selbstreflexion der Akteure und der Reinterpretation von Normen und Ideen geprägt ist. Konstruktivisten wollen die Herausbildung und den Wandel von Interessen erklären, indem die kausalen Mechanismen analysiert werden, die für die Veränderung der Interessen verantwortlich gemacht werden können (ebd., S. 18).

Im neo-institutionalistischen und auch im soziologischen Institutionalismus steht die Wirkung von Institutionen im Vordergrund. Institution, als Fachbegriff in der Soziologie verwendet, betont zum einen den „*verhaltensregulierenden Effekt*“ von Institutionen, aber auch die Bedeutung „*formalisierter Regulative sozialen Handelns*“ (Hasse und Krücken 1999, S.14) wie Sitten, Routinen und Gewohnheiten, die ebenfalls als fest verankert gelten. Es wird somit unterstellt, dass man aufgrund institutioneller Vorgaben weiß, wie man sich zu verhalten habe. Institutionen lassen sich somit als „*übergreifende Erwartungsstrukturen*“ (ebd., S. 15) definieren, die entscheiden, ob ein Handeln bzw. eine Entscheidung angemessen und normenkonform ist. Zur Entfaltung ihrer Wirkung benötigen Institutionen jedoch einen Bekanntheitsgrad, d.h. die beteiligten Akteure müssen die entsprechenden Erwartungen kennen und sie müssen davon ausgehen, dass auch andere mit diesen Erwartungen vertraut sind. Institutionen in dem erweiterten Sinn nach Hasse und Krücken prägen somit das Verhalten einzelner Gesellschaftsmitglieder und bestimmen die Regeln für ein gesellschaftliches Miteinander. Soziologischer Institutionalismus bezeichnet also allgemein Ansätze, die Institutionen analysieren und in ihnen eine entscheidende Komponente zum besseren Verständnis von sozialem Handeln und Prozessen der Gesellschaftsent-

wicklung sehen. Gegenstand der Theorie ist somit die Analyse der „*Entwicklung, Funktion und Wirkungsweise von Institutionen*“ (ebd., S. 15).

Im Unterschied zum alten Institutionalismus beinhaltet der neue Institutionalismus ein Verständnis, wonach nicht nur formale Strukturen, sondern auch informelle und kognitiv-normative Elemente Gegenstand der Institutionenanalyse sind (March und Olsen 1984). Diese Sichtweise wird von verschiedenen Autoren der Europäisierungsforschung unterstützt (Olsen 2002). Dadurch ergeben sich, je nach favorisierter Richtung, zwei unterschiedliche Dimensionen der Wirkmächtigkeit europäischer Integration: Zum einen eine stärker rationalistisch-ökonomisch geprägte und zum anderen eine eher normativ-kulturelle. Der so genannte „calculus approach“ wird in der Literatur überwiegend als Rational-Choice-Institutionalismus bezeichnet, wohingegen der „cultural approach“ unter der Bezeichnung soziologischer Institutionalismus bekannt ist. Im Rational-Choice-Ansatz liegt der Fokus auf einer funktionellen Betonung. Kooperationen kommen nur aufgrund des bewussten Einverständnisses der Akteure zustande, die damit bestimmte Ziele und Handlungspläne umsetzen möchten. Im Fall des „cultural approach“ werden Entscheidungen in vielen Fällen nicht von einer rein „ökonomischen Kosten-Nutzen-Rationalität“ (Axt et al. 2007, S. 145) getroffen, sondern von internalisierten normativen und kognitiven Regeln geleitet (ebd., S. 145).

Diesem Ansatz folgt auch der Neo-Institutionalismus (NI) indem er eine ausschließlich „zweckrationale“ Sichtweise bezweifelt. Auch Neo-Institutionalisten gehen davon aus, dass es bestimmte Ziele in Organisationen gibt, die „intentionally rational“ (Simon 1997, S. 88) erreicht werden. Doch die Motive der handelnden Akteure gründen, so die Neo-Institutionalisten, auf institutionellen Erwartungen und weniger ökonomischen Effizienzkriterien (Senge 2007, S. 55).

Allgemein ist Neo-Institutionalismus hauptsächlich ein makrosoziologischer Ansatz, der den Einfluss der gesellschaftlichen Umwelt auf Organisationen untersucht und umgekehrt den Einfluss von Organisationen auf die gesellschaftliche Umwelt (Klatetzki 2006, S. 48). Zentrale Kategorien des NI sind die Konzepte „Institution“, „Kognition“, „Legitimität“ und „organisationales Feld“ (Senge und Hellmann 2006, S. 7). Darüber hinaus ist im NI vornehmlich jene Institution von Interesse, die das „organisationale Geschehen“ entscheidend beeinflusst. Dabei handelt es sich nach einer Definition von Senge und Hellmann um soziale Regeln, die organisationale Prozesse in zeitlicher Perspektive dauerhaft (für die Dauer der Beobachtung), in sozialer Hinsicht verbindlich (Akteure halten sich daran) und in sachlicher Hinsicht maßgeblich (sind für ein bestimmtes Phänomen bedeutsam) beeinflussen (Senge und Hellmann 2006, S. 17, vgl. auch Luhmann 1996).

Der NI zeigt auf, dass gegenüber dem „Rational-Actor“-Modell Entscheidungen nicht nur als „rationale Wahlen“ auf „subjektive Nutzererwartungen“ der Akteure zurückzuführen sind, sondern immer auch die jeweilige Einbettung in institutionelle Kontexte zu berücksichtigen ist (Senge 2006, S. 46). Neo-Institutionalisten sind der Ansicht, dass das Handeln der Organisationen größtenteils aufgrund unreflektierter Entscheidungen geschieht. So sind es keine bewussten rationalen Überlegungen, die organisationale Prozesse steuern, sondern routinemäßige und häufig auch unbewusst ablaufende Vorgänge (Senge und Hellmann 2006, S. 16). Der Institutionenbegriff ist dabei sehr weit gefasst und umschließt letztlich jede Art von reproduzierten sozialen Praktiken. Häufig greifen Neo-Institutionalisten auf organisational verankerte Einheiten wie Staat und Professionen als wichtige Institutionen zurück. Hinzu kommen abstrakte Orientierungspunkte wie allgemeine Werte und Normen und alltägliche (unbewusste) Handlungsroutinen, die einen institutionellen Status erhalten. All diese Phänomene stehen in unterschiedlichem Ausmaß mit dem Handeln in Organisationen in kausalem Zusammenhang (ebd., S. 18).

In dieser Arbeit dient der NI dem besseren Verständnis der handelnden Akteure, da diese im Rahmen ihrer Institutionen agieren und somit bestimmten Handlungsroutinen unterliegen. Eine Europäisierung ihrer Institution erfolgt dabei entweder gemäß des „Rational-Choice-Institutionalismus“ nach einer sorgfältigen Kosten-Nutzen-Analyse oder gemäß des „cultural approach“ von normativen und kulturellen Regeln geleitet, auf einer oftmals unbewussten Motivationalebene. Die Theorie des NI soll dabei helfen die Handlungsmotive der Akteure zu verstehen und in der Schlussbetrachtung dieser Arbeit auch zu erklären.

Weiterhin spielt sowohl in neo-institutionalistischen als auch in konstruktivistischen Ansätzen der Begriff der Kultur eine wichtige Rolle (Schreiner 2011, S. 83). Eine Analyse der Außenkulturpolitik mithilfe neo-institutionalistischer und konstruktivistischer Ansätze⁵ ermöglicht eine wechselseitige Differenzierung zwischen Nationalstaaten auf Basis unterschiedlicher Kulturkonzepte, ohne die Kultur, den Nationalstaat oder das Staatensystem „*als a priori Gegebenes*“ (Schreiner 2011, S. 85) zu konzipieren. Kultur ist dabei nicht das einzige Kriterium zur Differenzierung, sondern wird in den Theorien zu zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen als Nebeneffekt verstanden. Dennoch ist Kultur innerhalb der „*interpretativen Konstruktion von Staaten und Staatensystemen*“ ein relevanter Faktor (ebd., S. 85).

⁵ Auch poststrukturalistische Ansätze stellen ein „Innen“ und „Außen“ in den Vordergrund der Analyse, jedoch wird dieser Ansatz in dieser Arbeit nicht näher betrachtet, da er eher dem Bereich der EU-Außenbeziehungen zu Drittstaaten zuzuordnen ist. Für weitere Informationen (vgl. Diez 2003, S. 457–460).

In dieser Arbeit wird zu überprüfen sein, inwiefern Kultur und der Umgang mit kultureller Differenz - eine Hauptaufgabe der Akteure - Europäisierungsprozesse begünstigen oder entgegenlaufen. Zusätzlich wird Schreiners Ansatz einer interpretativen Analyse von Außenkulturpolitik berücksichtigt, denn diese analysiert die Auswärtige Kulturpolitik als Politikfeld, das seinerseits aktiv an der Schaffung von Nation, Kultur und kulturellen Differenzen mitwirkt (Schreiner 2011, S. 114). Dabei werden kulturelle Differenzen in der empirischen Studie anhand kollektiver Identitäts- und Gedächtniskonstruktionen der Kulturdiplomaten analysiert. Denn eine „*interpretative Analyse*“ von Außenkulturpolitik zeigt auch die Bedeutung von Abgrenzung der Nationalstaaten durch Kultur auf. Hierbei nimmt Interaktion durch Außenkulturpolitik eine wichtige Funktion ein

„durch die es sowohl zur interpretativen Konstruktion von Vorstellungen eines Anderen kommt, von dem man sich zugleich abgrenzt, wie auch zur interpretativen Konstruktion von Vorstellungen eines Eigenen“ (Schreiner 2011, S. 115).

Außenkulturpolitik unter dieser Prämisse betrachtet zeigt auf, wie entscheidend die Konstruktion kultureller Differenz für die Konstruktion der nationalen Kultur ist. „Innen“ und „Außen“ ist hierbei nicht einfach die selbstverständliche Annahme der wissenschaftlichen Analyseebene, sondern deren zentraler Bestandteil, der ebenfalls interpretativ konstruiert wird (ebd., S. 115).

2 Bezugsrahmen zum Forschungsfeld

2.1 Außenkulturpolitik und Kulturdiplomatie

In der Literatur findet sich keine allgemeingültige Definition von Außenkulturpolitik und damit auch nicht der Kulturdiplomatie oder der Auswärtigen Kulturpolitik. Dennoch bietet die Studie von Patrick Schreiner einen guten theoretischen Überblick, der auch für diese Arbeit genutzt werden soll. Danach meint Außenkulturpolitik

„den Versuch von Staaten, das, was Akteurinnen und Akteure dieses Staates für Kultur halten, in irgendeiner Form zu einem Bestandteil zwischenstaatlicher oder internationaler Beziehungen und Kontakte zu machen. Im Regelfall wird dies durch die Präsentation dessen, was für die eigene Kultur gehalten wird, jenseits der Staatsgrenzen geschehen“ (Schreiner 2011, S. 9).

Allgemein ist das Forschungsfeld der Außenkulturpolitik oder auch, wie häufig genannt, der „cultural diplomacy“ schlecht bearbeitet, was u.a. auch darauf zurückzuführen ist, dass es keine einheitliche Definition des Begriffs gibt und Bezeichnungen wie „public diplomacy“, „international cultural relations“, „international cultural policy“ und „state’s foreign cultural mission“ häufig synonym für „cultural diplomacy“ verwendet werden (Mark 2010, S. 62). „Public diplomacy“ wird allgemein als Überzeugungsarbeit mittels politischer Informationen und kultureller Kommunikation definiert, die ein gegenseitiges Verständnis bewirken soll. Während die Vermittlung politischer Informationen kurzfristig angelegt ist und auch ein gewisses Krisenmanagement beinhaltet, ist das gegenseitige Verstehen durch kulturelle Kommunikation längerfristig angelegt, jedoch mit dem gleichzeitigen Ziel der eigenen Kultur- und damit auch der Gesellschaftspräsentation (Szondi 2008, S. 6; Topic´ und Sciortino 2012, S. 10).

“Cultural diplomacy entails an exchange of ideas, information, values, traditions and beliefs and this can include fields such as art, sport, literature, music science and economy, and the goal is fostering mutual understanding” (Milton 2003) zit. in (Topic´ 2012, S. 220).

Letztlich geht es aber auch immer um Beeinflussung der im Land lebenden Bürger und damit indirekt auch um Einflussnahme auf andere Regierungen (Szondi 2008, S. 7). Laut Signitzer (Signitzer 2008) besteht das Ziel von „cultural diplo-

macy“ darin, positive Einstellungen gegenüber dem eigenen Land zu bewirken, geknüpft an die Hoffnung, dass sich diese auch wiederum positiv auf die allgemeinen politischen Ziele der Auswärtigen Politik des Landes auswirken (Topic' und Sciortino 2012, S. 11).

Zu den praktischen Aktivitäten der „cultural diplomacy“ zählen künstlerische Darbietungen und Ausstellungen, Konferenzen, Besucherprogramme und Stipendien sowie der akademische Austausch und Tourismusprogramme (Szondi 2008, S. 7; Mark 2010, S. 65; Topic' und Sciortino 2012, S. 34). Kulturkommunikation genießt dabei den Vorzug weitgehend frei vom üblichen „Tagsgeschäft“ der Auswärtigen Politik agieren zu können (Topic' und Sciortino 2012, S. 11).

Trotz der offensichtlichen Verbindung von internationalen Kulturbeziehungen und „cultural diplomacy“ sind beide konzeptionell voneinander zu trennen, da nicht alle internationalen Kulturbeziehungen im Rahmen der Außenpolitik eines Landes angesiedelt sind oder eine staatliche Institution beinhalten (Mark 2010, S. 66). Eine Möglichkeit der Begriffsunterscheidung bieten die handelnden Akteure: Unabhängige private Akteure sind im Feld der internationalen Kulturbeziehungen anzusiedeln, wohingegen Regierungen oder deren Vertreter „cultural diplomacy“ betreiben. Diese bilden damit wieder eine Untergruppe von „public diplomacy“ und legen einen Fokus auf längerfristige (Kultur-)Beziehungen (Mark 2010, S. 63). In dieser Arbeit sind die Akteure dem Feld der „cultural diplomacy“ zuzuordnen.

Wenig akademische Beachtung findet auch die Verbindung der „cultural diplomacy“ mit „national image“ und „national branding“ (Mark 2010, S. 64). „Cultural diplomacy“ kann dazu genutzt werden, andere Länder zu beeinflussen. Folglich ist es auch eng mit dem Konzept von „nation branding“ verbunden. „Nation branding“ umschreibt Aktionen, die Regierungen oder auch private Institutionen durchführen, um das Image einer Nation zu verändern. Szondi definiert „nation branding“ folgendermaßen: *„The tools of branding to alter or change the behaviour, attitudes, identity or image of a nation in a positive way“* (Szondi 2008, S. 5). Hierbei ist „nation branding“ eine besondere Form von „branding“, es ist ein Überbegriff für die

“strategic self-presentation of a country with the aim of creating reputational capital through economic, political and social interest promotion at home and abroad. Nation branding is successful when the brand is lived by the citizens, who are considered [...] as both the mouthpiece and the recipient of the message” (Szondi 2008, S. 5).⁶

⁶ Das Konzept „nation branding“ kann in dieser Arbeit nicht in seiner ganzen Komplexität bearbeitet werden. Siehe zu weiteren Konzepten im Besonderen auch zur Unterscheidung „country branding“ und „nation branding“ Szondi 2008, Dinnie 2008.

„Cultural diplomacy“ umschreibt somit ein Politikfeld (Policy) der Auswärtigen Politik und des diplomatischen Dienstes der Mitgliedstaaten. Gleichzeitig soll aber auch das Politikfeld EU-Kulturpolitik in dieser Arbeit berücksichtigt werden, weil die handelnden Akteure durch ihre kulturellen Projekte und Veranstaltungen Anteil an einer innereuropäischen Kulturpolitik haben. Damit die EU ihrem verbindenden Slogan „in Vielfalt geeint“ entsprechen kann, ist auch sie durch EU-Kulturpolitik darum bemüht, den interkulturellen Dialog durch eine Vielzahl von Mobilitätsprojekten zu fördern (Topic´ und Sciortino 2012, S. 17). Die EU wird somit gerade im Bereich der „public diplomacy“ als einheitlicher Akteur wahrgenommen, der ein gegenseitiges Verständnis auf der Basis eines interkulturellen Dialogs zu vertiefen versucht (Szondi 2008, S. 8).

Aus Perspektive der EU-Kommission, so eine interviewte Mitarbeiterin der EU-Kommission, sollte Kulturdialog aber auch ein integraler Bestandteil anderer Politikbereiche sein.

“No I wouldn’t separate that, I mean I cannot, I would separate culture from employment or economy from external policy. I don’t think it could work when it comes to European affairs, especially perhaps when it goes from the way we see things from the cultural perspective. We have the obligation to ensure, that the culture is taken into consideration in all other policies across the world” (P 50/ European Commission DG Education and Culture 10.10.2012).

Eine weitere Definition des Begriffes Kultur ist für diese Arbeit nicht erforderlich, insbesondere, da „*Konsens darüber besteht, dass es Dissens über einen einheitlichen Kulturbegriff gibt*“ (Gerhards 2006, S. 19) und der Begriff der Kultur auch von den Akteuren selbst unterschiedlich interpretiert und ausgelegt wird bis hin zum weiten Begriff der Kultur, welcher Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik definiert. Es wird daher für den Bereich der Kulturpolitik der UNESCO-Definition gefolgt, da die EU-Kommission das Übereinkommen auch unterzeichnet und somit zum offiziellen Bestandteil ihrer Politik gemacht hat. Es bildet, so die Generaldirektion Kultur, den Rahmen für die EU-Kulturpolitik in ihren Außenbeziehungen (EU Kommission).

Laut des UNESCO-Übereinkommens zur kulturellen Vielfalt beziehen sich Kulturpolitik und kulturpolitische Maßnahmen:

„auf die Politik und die Maßnahmen im Zusammenhang mit Kultur auf lokaler, nationaler, regionaler oder internationaler Ebene, die entweder Kultur als solche zum Gegenstand haben oder darauf abzielen, sich unmittelbar auf die kulturellen Ausdrucksformen von Einzelpersonen, Gruppen oder Gesellschaften auszuwirken, einschließlich des Schaffens, der Herstellung, der Verbreitung und des Vertriebs kultureller Aktivitäten, Güter oder Dienstleistungen sowie des Zugangs zu ihnen“ (UNESCO, Artikel 4 - Begriffsbestimmung).

2.2 Organisationsformen der Auswärtigen Kulturpolitik

Die spezifische Organisation der Auswärtigen Kulturpolitik der EU-Mitgliedstaaten ist oft auf historische und politische Zusammenhänge zurückzuführen: Im Folgenden werden die Organisationsformen der Mitgliedsinstitute von EUNIC Berlin, zwecks besserer Verständlichkeit der späteren Analyse kurz erläutert:

Eine Mittlerorganisation ist zwischengeschaltet

Außenstellen der Außenministerien

Ein Beispiel für eine sehr zentral organisierte Form eines Kulturinstituts ist das Institut Français. Die Direction Générale des Relations Culturelles, Scientifiques et Techniques (DGR CST) des französischen Außenministeriums ist die zentrale Planungs- und Koordinationsstelle für Frankreichs außenkulturpolitische Aktivitäten. In den einzelnen Ländern wird sie durch die Conseillers Culturels der Botschaften vertreten, die für die Arbeit der französischen Kulturinstitute verantwortlich sind. Informationen des französischen Außenministeriums werden zentral über die Conseillers Culturels weitergegeben. Die französischen Kulturinstitute sind direkte Außenstellen des französischen Staates, die über die Kulturabteilungen der französischen Botschaft organisiert werden. Ihre entsandten Mitarbeiter sind zum großen Teil entpflichtete Beamte und die französischen Botschaften haben gegenüber dem Kulturinstitutsleiter sogar ein Veto-Recht (Znined-Brand 1999, S. 127).

Das Instituto Cervantes wurde 1991 vom spanischen Staat als gemeinnützige Einrichtung gegründet (Luik 1997, S. 13). Verwaltet und finanziert werden die Institute vom Außenministerium. Der Hauptsitz befindet sich in Alcalá de Henares. Die Arbeit wird von einer Stiftung geleitet, deren namhafte Vertreter von Wissenschaft, Literatur und Medien angehören. Schirmherr sind der König von Spanien und der Regierungschef (Luik 1997, S. 13), was eine außerordentliche Regierungsnähe herstellt (Peise 2006, S. 52). Ziel des Institutes ist es, die Sprache und Kultur von 21 Ländern, deren Amtssprache spanisch ist, durch die Organisation von Kulturveranstaltungen in Zusammenarbeit mit spanischen und lateinamerikanischen Einrichtungen sowie mit Institutionen der Gastländer zu fördern und zu verbreiten. Neben dem Berliner Institut gibt es in Deutschland Standorte in Bremen, Hamburg, Frankfurt und München (Instituto Cervantes).

Die Goethe-Institute sind als eingetragener Verein mit einer unabhängigen Zentralverwaltung in München organisiert (Schulz 2000, S. 23). Das Goethe-Institut ist durch einen Rahmenvertrag mit der Bundesregierung verbunden, wodurch das Institut zum Subventionsempfänger wird. Aus diesem Grund können ihm auch bestimmte Staatsaufgaben im Bereich der Außenpolitik zugewie-

sen werden (Schulz 2000, S. 23; Maaß 2005, S. 207). Das Institut ist generell in seiner Programmgestaltung autonom, doch finden regelmäßig Besprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut statt, bei denen die jeweilige Programmplanung vorgelegt wird (Schulz 2000, S. 41; Maaß 2005, S. 207). Die Tätigkeitsfelder der Institute erstrecken sich über Bibliothek, Mediathek, Sprachunterricht, Kulturprogramme, pädagogische Verbindungsarbeit und Besucherprogramme (Goethe Institut).

Ähnlich ist der British Council (BC) aufgestellt. Die British Council Büros in den einzelnen Ländern arbeiten nach einer kohärenten globalen Strategie: Es gibt für den BC weltweit ein einheitliches strategisches Konzept. Dieses wird in der Zentrale entwickelt, aber unter Einbeziehung des globalen Netzwerkes des BC. Der BC ist weitgehend eine unabhängige Organisation in der Gestalt at „arms length of government“ (P 10/ British Council 20.03.2012). Der British Council arbeitet eng mit den Botschaften und High Commissions als Teil einer koordinierten öffentlichen britischen diplomatischen Strategie zusammen. Er versteht sich als öffentliche Einrichtung, die unabhängig von der Regierung arbeitet, für die aber letztendlich Ministerien verantwortlich sind. Die Finanzierung erfolgt durch staatliche Mittel (insbesondere durch das Foreign and Commonwealth Office) und die Erwirtschaftung eigener Gewinne (Ifa (c)). Ein Drittel der Gelder kommt aus dem Budget des britischen Außenministeriums, ein weiteres Drittel erwirtschaftet der BC durch Sprachkurse und Bildungsangebote für andere Häuser und Organisationen selbst. Aufgrund der Tatsache, dass ein großer Teil des Budgets von außen kommt, hat der BC eine gewisse Unabhängigkeit (P 10/ British Council 20.03.2012).

Außenstellen der Kultur- und Unterrichtsministerien

Träger des bulgarischen Kulturinstituts ist das Ministerium für Kultur in Sofia. Die Hauptaufgaben des Instituts liegen nach eigenem Selbstverständnis in der Vermittlung bulgarischer Kunst (bildende Kunst), Kultur (Musik, Theater, Film) und Sprache. Ferner stellt es eine Informationsbasis in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft dar (P 14/ Bulgarisches Kulturinstitut 20.03.2012). Das Collegium Hungaricum Berlin – Ungarisches Kulturinstitut ist der Direktion der ausländischen Kulturinstitute innerhalb des Ministeriums für Nationales Kulturerbe (Kulturministerium) unterstellt und wird durch staatliche Mittel finanziert. Insgesamt wird die internationale Kulturpolitik jedoch durch eine Kooperation des Außenministeriums, des Ministeriums für Nationales Kulturerbe und des Bildungsministeriums koordiniert. Es gibt eine zentrale Direktion der Kulturinstitute in Budapest. 1990 wurde das Central European Cultural

Institute gegründet, das vom Ministerium des Nationalen Kulturerbes finanziell unterstützt wird (Ifa (j)).

Für den kulturellen Austausch mit anderen Ländern ist in Finnland das Ministerium für Erziehung und Kultur zuständig. Es unterstützt zahlreiche finnische Kultur- bzw. Bildungsinstitute im Ausland, die eigenverantwortlich tätig und politisch unabhängig sind und mit den betreffenden Botschaften vor Ort kooperieren (Ifa (b)). Finanziell wird das Finnland-Institut durch das Unterrichtsministerium unterstützt. Es ist eine typisch skandinavische Sicht, dass die Verbreitung der eigenen Kultur im Zielland nicht zum Aufgabenbereich der Auswärtigen Politik (als Pflege der Auswärtigen Beziehungen), sondern zum Bildungsgedanken gehört. So hat es sich in Finnland traditionell entwickelt, dass das Bildungsministerium diese Aufgabe übernommen hat (P 18/ Finnland-Institut 17.04.2012). Gegründet wurde das Institut durch eine Stiftung mit Sitz in Helsinki (Finnland Institut). Die Finnland-Institute sind alle noch relativ jung und eigenständig organisiert. Die meisten Kulturinstitute sind in einem „Gründungswillen“ in den 1990er Jahren entstanden. Das Finnland-Institut in Berlin eröffnete beispielsweise gleichzeitig mit zwei weiteren Instituten in London und Paris, da man aufgrund der großen Veränderungen in Europa stärker in den europäischen Ländern präsent sein wollte (P 18/ Finnland-Institut 17.04.2012).

Die Griechische Kulturstiftung sieht sich als eine Institution des Austauschs, die Kontakte und Informationen über die gegenwärtigen kulturellen und künstlerischen Tendenzen in Griechenland sowie über die Arbeit, die Lebens- und Schaffensbedingungen griechischer Künstler und Künstlerinnen in Deutschland vermittelt (Griechische Kulturstiftung). Die Arbeit der Stiftung konzentriert sich hauptsächlich auf deutsch-griechische Kulturveranstaltungen, zusätzlich werden Bibliotheks- und Informationsdienste angeboten. Die Zentralverwaltung der Stiftung hat ihren Sitz in Athen, das der Zentrale zur Verfügung stehende Geld wird vom griechischen Kulturministerium bereitgestellt (P 22/ Griechische Kulturstiftung 02.04.2012).

Kooperation zwischen dem Außenministerium und dem Kulturministerium

Träger des polnischen Instituts ist das Außenministerium und das Kulturministerium. Im Jahr 2000 wurde vom Kulturministerium (in Absprache mit dem Außenministerium) das „Adam Mickiewicz-Institut“ gegründet. Aufgabe dieses Instituts ist die Umsetzung der polnischen Auswärtigen Kulturpolitik und anderer polnischer kultureller Institutionen im Ausland. Das Institut hat jedoch keine Richtlinienkompetenz. Ferner gibt es die polnischen Institute, die dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten unterstehen und von diesem finanziert

werden. In Europa gibt es 18 dieser Institute, z.T. sind ihre Direktoren zugleich Botschaftsrat und Kulturattaché (Ifa(f)).

Dem tschechischen Außenministerium unterstehen im Prinzip auch die Tschechischen Zentren, die in ganz Europa, USA und Asien vertreten sind. Eine Arbeitsteilung zwischen Außenministerium und Kulturministerium erfolgt insofern, als dass sich das Außenministerium mehr auf die Präsentation und Vermittlung der tschechischen Kultur im Ausland und das Kulturministerium auf die Koordination und Gestaltung des Kulturaustauschs konzentriert. Die Tschechischen Zentren sehen sich als „*Präsentanten und Informationsmittler der Republik, indem sie sich der Pflege des Tschechienbildes im Ausland und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit widmen*“ (Ifa (i)).

Auch in der Slowakischen Republik ist das Außenministerium für die slowakischen Zentren zuständig, das Kulturministerium befasst sich jedoch mit den slowakischen Minderheiten, weshalb man im Jahr 1995 auch das „Haus der Auslands-Slowaken“ gegründet hat. Insgesamt gibt es zehn slowakische Institute innerhalb von Europa. In Deutschland ist das Institut in die Botschaft in Berlin integriert (Ifa (h)).

In Rumänien kooperieren das Außenministerium und das Ministerium für Kultur und Religion im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik Rumäniens. Im Ministerium für Kultur und Religion koordiniert das Direktorat für europäische Integration und Internationale Beziehungen die Arbeit und Programme der rumänischen kulturellen Zentren im Ausland. Das Ministerium für Bildung und Forschung und das Allgemeine Direktorat für europäische Integration und Internationale Beziehungen verantworten die Bildung, zusätzlich unterhalten sie enge Beziehungen mit den rumänischen Gemeinschaften im Ausland. Rumänien betreibt zahlreiche Kulturinstitute im Ausland. In Berlin ist Rumänien seit 1999 mit dem Rumänischen Kulturinstitut repräsentiert. Es vermittelt rumänische Kultur durch Ausstellungen, Konzerte und Vortragsveranstaltungen (Ifa (g)).

Direkte Integration des Kulturinstitutes in die Botschaft

Das italienische Außenministerium ist zuständig für Italiens auswärtige Kulturbeziehungen, die in eine Kooperation mit dem Kultur- und Erziehungsministerium eingebunden sind. Die italienischen Kulturinstitute „*Istituti Italiani di Cultura*“ sind dem Außenministerium angegliedert. Ihre Aufgabe besteht in der Repräsentation der italienischen Kultur im Ausland und in der Organisation von Kulturveranstaltungen. Es gibt keine eigene verwaltende Zentrale (Ifa (d)). Organisiert werden kulturelle Veranstaltungen wie Ausstellungen, Vorlesungen, Kolloquien, Vorträge, Film- und Theatervorführungen und Konzerte. Ebenso